

abo* KANTON LUZERN

Neues Planverfahren soll Windausbau beschleunigen, schränkt aber die Gemeindeautonomie ein

Grosse Energieanlagen sollen künftig auf Stufe Kanton bewilligt werden. Damit will die Regierung die lange Planungszeit von bis zu 20 Jahren verkürzen.

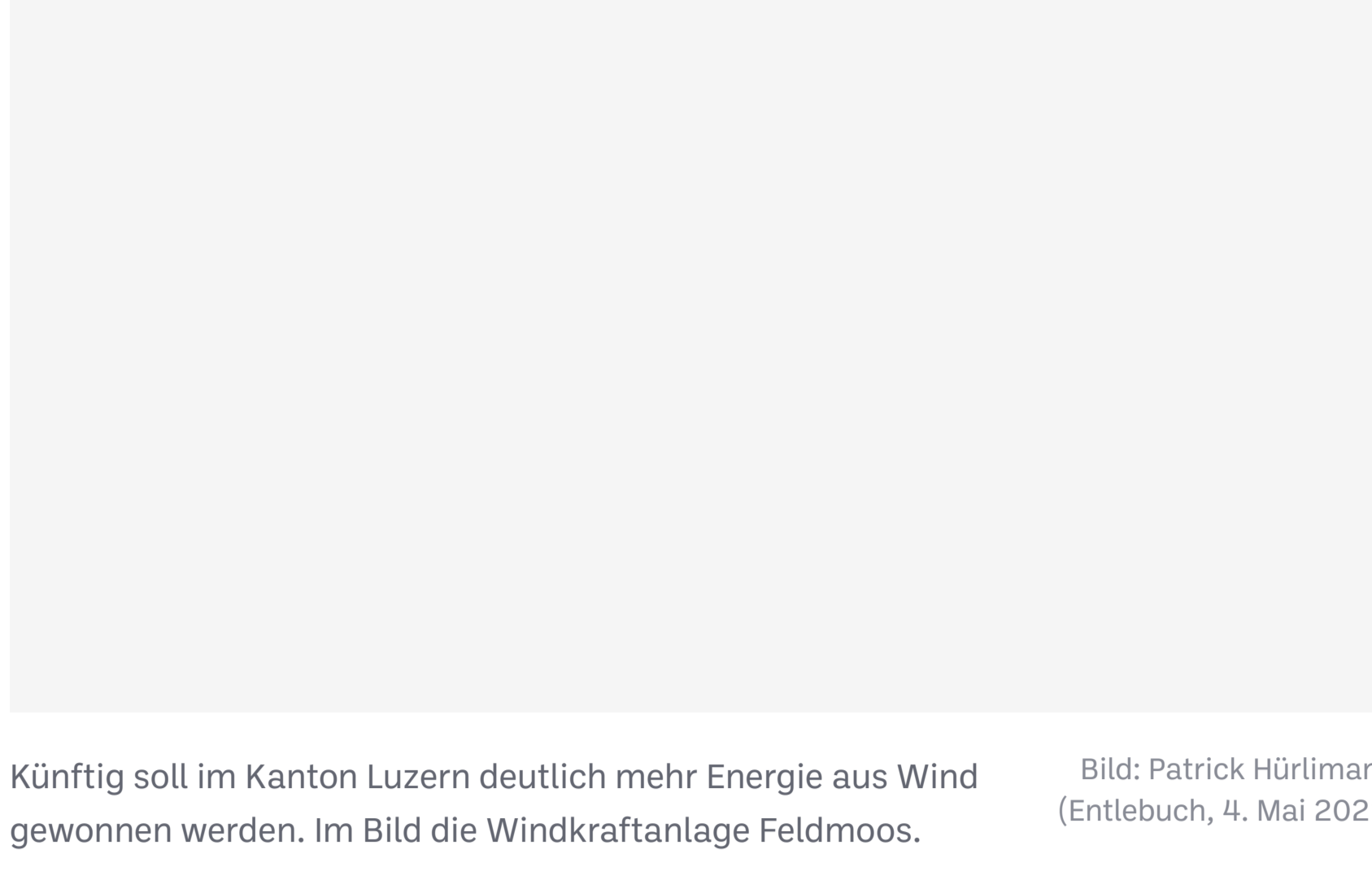
Reto Bieri

03.01.2023, 05.00 Uhr
🗨️ Jetzt kommentieren

📌 Merken 🖨️ Drucken ➦ Teilen

abo* **Exklusiv für Abonnenten**

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, hat die [Luzerner Regierung kürzlich ein Paket an Gesetzesänderungen in die Vernehmlassung gegeben](#). Insbesondere die Windkraft soll gepusht werden und künftig den Stromverbrauch von einem Viertel der Luzerner Haushalte decken. Das ist 70 Mal mehr, als die drei bestehenden Luzerner Windräder 2020 produziert haben. Je nach Grösse sind 30 bis 60 neue Anlagen nötig.



Künftig soll im Kanton Luzern deutlich mehr Energie aus Wind gewonnen werden. Im Bild die Windkraftanlage Feldmoos. Bild: Patrick Hürlimann (Entlebuch, 4. Mai 2022)

Um dieses Ziel zu erreichen, will die Regierung mit dem kantonalen Plangenehmigungsverfahren ein neues Instrument schaffen. Wie der Vernehmlassungsbotschaft zu entnehmen ist, orientiert sich Luzern am Bund, der die erneuerbaren Energien bekanntlich ebenfalls rasch ausbauen will. Der Bundesrat schlägt vor, die Planungs- und Bewilligungsverfahren für «die bedeutendsten Anlagen der Wasserkraft und der Windenergie zu vereinfachen». Für deren Bewilligung soll auf Kantonsebene ein «konzentriertes kantonales Plangenehmigungsverfahren» eingeführt werden.

Auch der Kanton Luzern will rasch vorwärtskommen. Das neue Verfahren käme zur Anwendung bei Windkraftanlagen mit einer Produktion von jährlich 10 Gigawattstunden, was ungefähr ein bis zwei modernen Windrädern entspricht. Ebenso würde es bei Reservekraftwerken im Interesse der wirtschaftlichen Landesversorgung gelten sowie bei Anlagen zur Energiespeicherung in übergeordnetem Interesse. Gemeint sind damit Anlagen für die saisonale Speicherung aus dem Sommer für den Winter. [etwa Erdbecken-, Erdsondenwärme- oder Aquiferspeicher](#).

Einspracheverhandlungen sind nur noch fakultativ

Mit dem kantonalen Plangenehmigungsverfahren wären im Kanton Luzern bei grossen Energieanlagen nicht mehr die Gemeinden für die Nutzungsplanung und das Baugesuch zuständig, sondern der Kanton. Er würde die beiden Verfahren zusammenführen. Konkret muss ein Gesuch, etwa für einen Windpark, beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) eingereicht werden.

Bei der öffentlichen Auflage können Betroffene wie bisher Einsprachen machen. Allerdings muss der Kanton die Einspracheverhandlungen nicht mehr zwingend führen, sondern nur noch fakultativ. Das heisst nur dann, wenn mit einer zumindest teilweisen gütlichen Einigung zu rechnen sei, schreibt die Regierung. Dies sei bei Fundamentalopposition gegen Windanlagen nicht der Fall.

Anschliessend erteilt der Regierungsrat die Plangenehmigung. Sie umfasst den Nutzungsplan, die Baubewilligung, den Entscheid über allfällige Einsprachen und, soweit erforderlich, die Konzession sowie das Enteignungsrecht. Die Plangenehmigung kann beim Kantonsgericht angefochten werden.

Ein Beschwerdeverfahren fällt weg

Eine gewichtige Änderung ist somit, dass die Gemeinden bei Windparks künftig nicht mehr selber über die Nutzungsplanung entscheiden könnten. Bisher haben die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung oder an der Urne darüber befunden. Hierbei wird in der Ortsplanung eine Zone für Windenergie festgeschrieben – oder eben abgelehnt. Damit zusammenhängend fällt auch das Beschwerdeverfahren und somit eine Rechtsmittelinstanz weg.

Ein Nachteil des Plangenehmigungsverfahrens sei denn auch, dass die Autonomie der Gemeinden eingeschränkt werde, schreibt die Regierung. Die Gemeinden werden künftig zwar angehört und können Anträge stellen, dürfen jedoch nicht mehr selber entscheiden. «Nur so ist ein beschleunigtes Verfahren möglich», sagt Erik Lustenberger vom Rechtsdienst des BUWD auf Anfrage. Es sei eine politische Frage, ob man die Gemeindeautonomie einschränken wolle. Der Auftrag aus dem Kantonsrat sei klar gegeben. Tatsächlich verlangen mehrere parlamentarische Vorstösse beschleunigte Verfahren.

Wie die Gemeinden zum neuen Planverfahren stehen, ist noch unklar. Der Verband Luzerner Gemeinden will sich erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der aktuellen Vernehmlassung äussern. Für die Luzerner Regierung besteht Handlungsbedarf: Es sei nicht von der Hand zu weisen, «dass bisweilen Partikularinteressen auf kommunaler Stufe wichtige Vorhaben im öffentlichen Interesse gerade zur Energieversorgung zu verzögern oder gar zu verunmöglichen vermögen».

Verfahren bringt Sicherheit und Stabilität für Windprojekte

Prominentes Beispiel für Widerstand gegen Windparks ist die Gemeinde Rickenbach. [Das Stimmvolk hiess vor gut einem Jahr eine Initiative für eine Schutzzone gut, die den Bau von Windanlagen verhindern will](#). Das Volksbegehren zielt auf ein Projekt mit drei Windrädern auf dem Stierenberg ab, das eine Gruppe rund um die Rickenbacher Nationalrätin Priska Wismer-Felder plant.

Das neue Plangenehmigungsverfahren sei «sehr positiv» zu werten, sagt die Mitte-Politikerin auf Anfrage. «Die Bevölkerung kann sich nach wie vor äussern und Einsprachen machen, aber halt nur einmal.» Für Windprojekte bedeute es Sicherheit und Stabilität, da die Planungs- und Genehmigungsphasen nicht mehr wie bisher 20 Jahre dauern. Die Auswirkungen des neuen Plangenehmigungsverfahrens auf den Windpark Stierenberg seien schwierig abzuschätzen, sagt Wismer. «Wir warten noch auf den Entscheid bezüglich der Schutzzone, er liegt beim Kanton zur Vorprüfung. Solange das Verfahren läuft, können wir nicht weiterplanen.»

0 Kommentare

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema:

[Bau](#) [Bundesrat](#) [Einsprache](#) [Energie](#) [Gemeinderat](#) [Kanton Luzern](#) >

KOMMENTAR

Windräder planen: 20 Jahre sind zu lang

Reto Bieri · vor 2 Stunden

abo* GESETZESREVISIONEN

Luzerner Regierungsrat will deutlich mehr Strom aus Sonne und Wind

Reto Bieri · 15.12.2022

ERNEUERBARE ENERGIE

Der Kanton Luzern will die Windkraft massiv ausbauen – jetzt legt er die Grundlage dafür vor

Dominik Weingartner · 16.11.2022

abo* ENERGIEWENDE

«Das Bewusstsein für diese Technologien fehlt» – Luzerner Forscher plädiert für die «Wärmewende»

Reto Bieri · 28.05.2022

abo* RICKENBACH

«Uns sind zurzeit die Hände gebunden»: So steht es um die geplante Windkraft auf dem Stierenberg

Dominik Weingartner · 02.05.2022

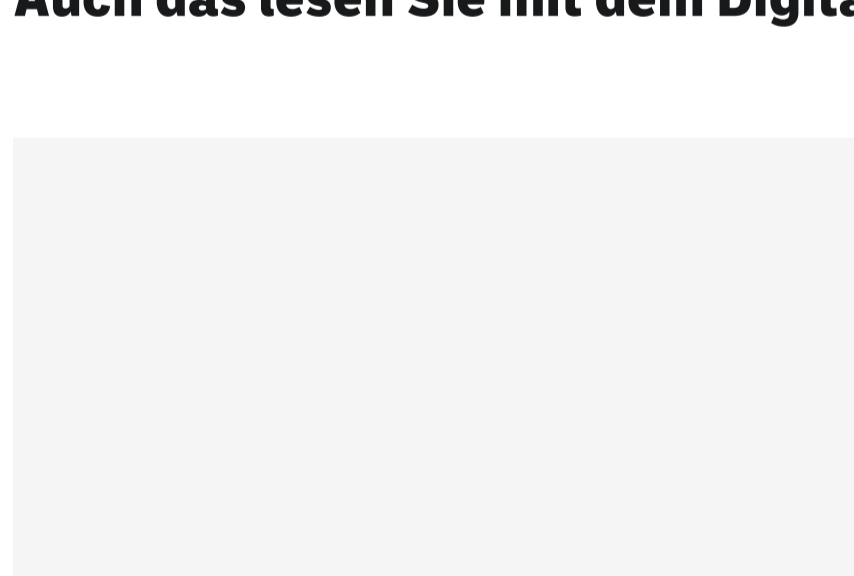
ABSTIMMUNG

Rückschlag für Windkraft-Projekt: Rickenbach stimmt für Schutzzone auf dem Stierenberg

Dominik Weingartner · 28.11.2021

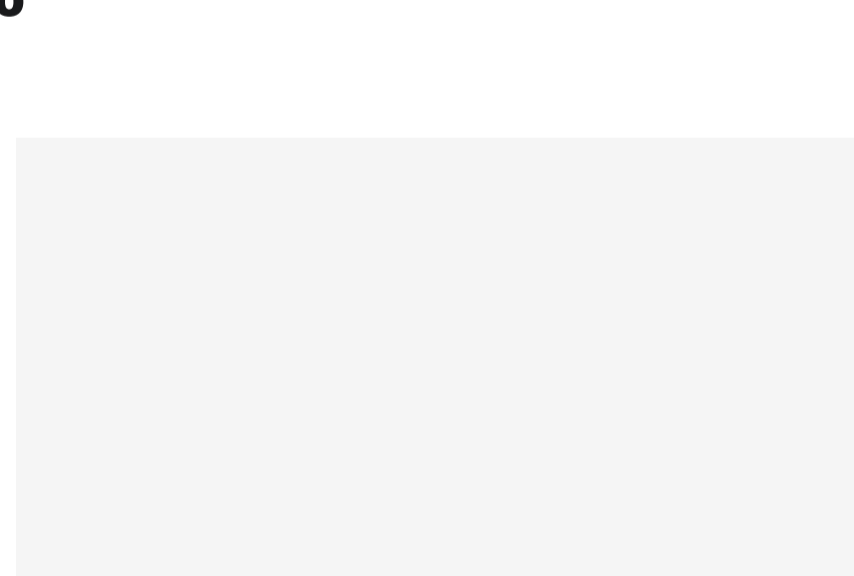
Auch das lesen Sie mit dem Digitalabo

Mehr >



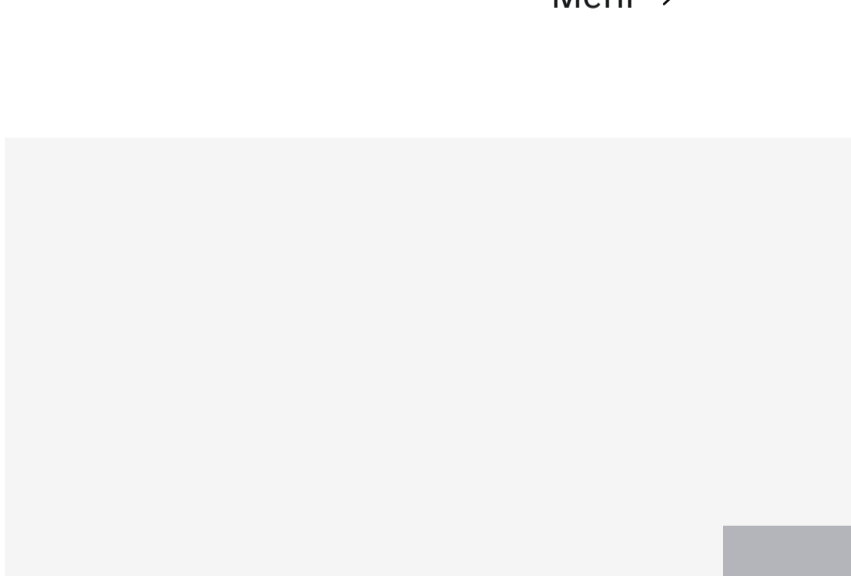
Alain Berset reist als Bundespräsident um die Welt – aus seinem Innendepartement werden derweil wenig Impulse erwartet

Lukas Nussbaumer · 02.01.2023



Kanton verkauft Flugplatz – zwei Streithähne könnten erneut aneinanderg geraten

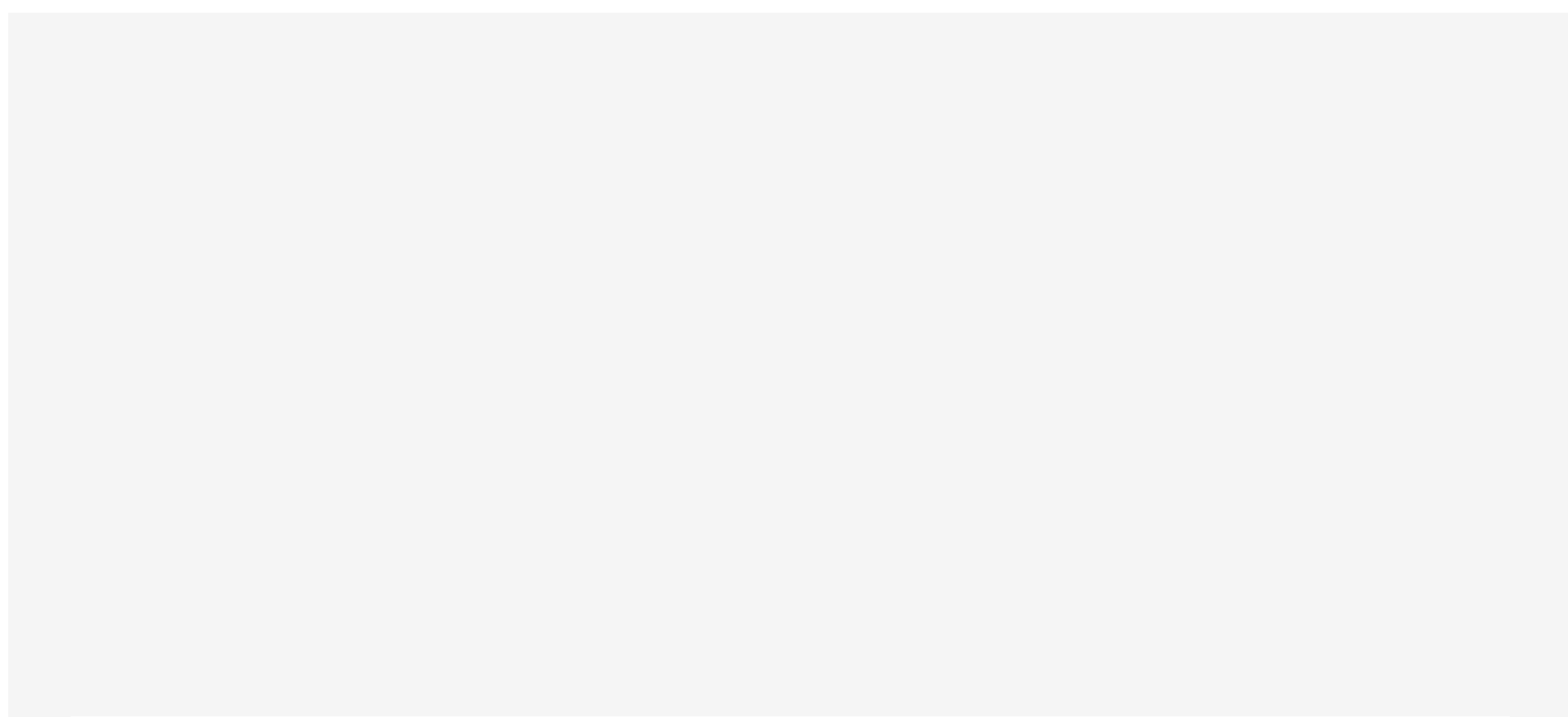
Livia Fischer · 31.12.2022



Babyglück, Todesfall, Wetter: Das sind die meistgeklickten Artikel auf unserem Portal

31.12.2022

Aktuelle Nachrichten

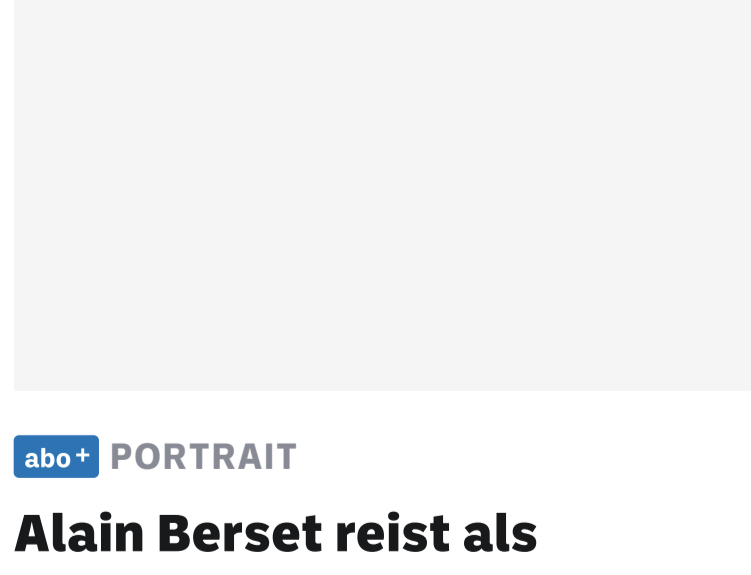


abo* CORONA

Europa schafft Einreisehürden für Passagiere aus China – warum die Schweiz trotzdem abwartet

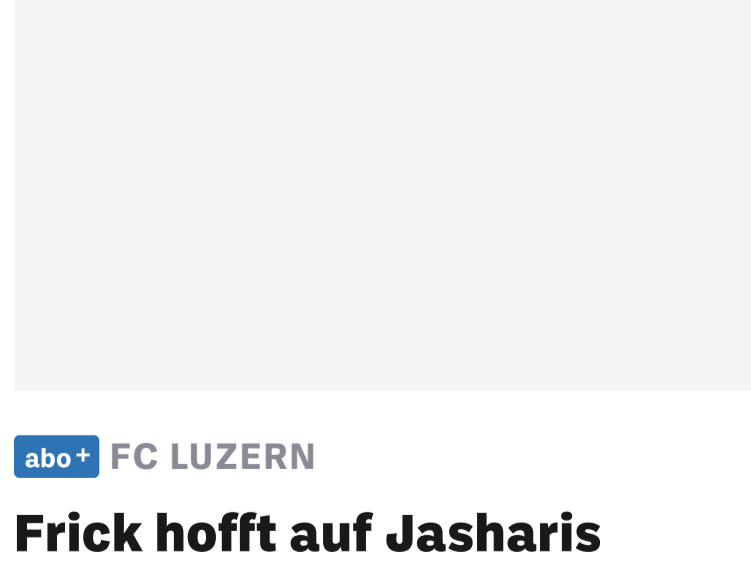
Die Europäer schützen sich unterschiedlich gegen die neue Virusdrohung aus China. Frankreich verlangt ein konszentriertes Vorgehen. Und die Schweiz?

Stefan Brändle, Paris und Maja Briner · vor 2 Stunden



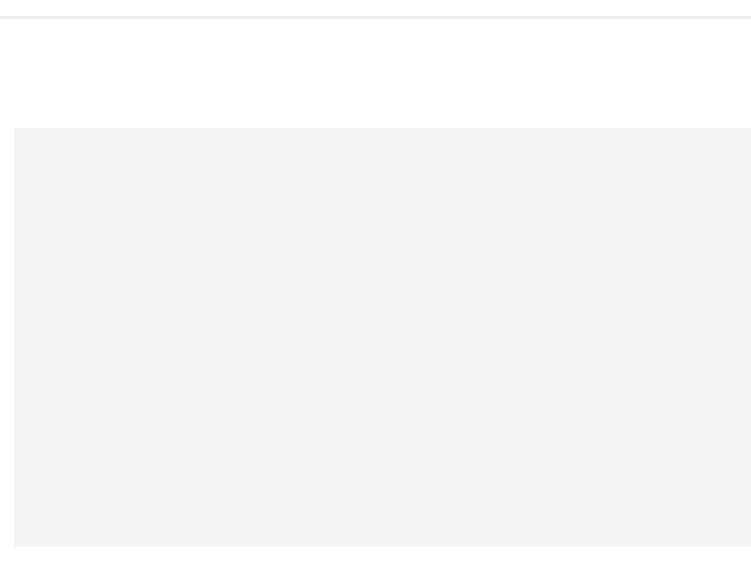
Alain Berset reist als Bundespräsident um die Welt – aus seinem Innendepartement werden derweil wenig Impulse erwartet

Anna Wanner · vor 2 Stunden



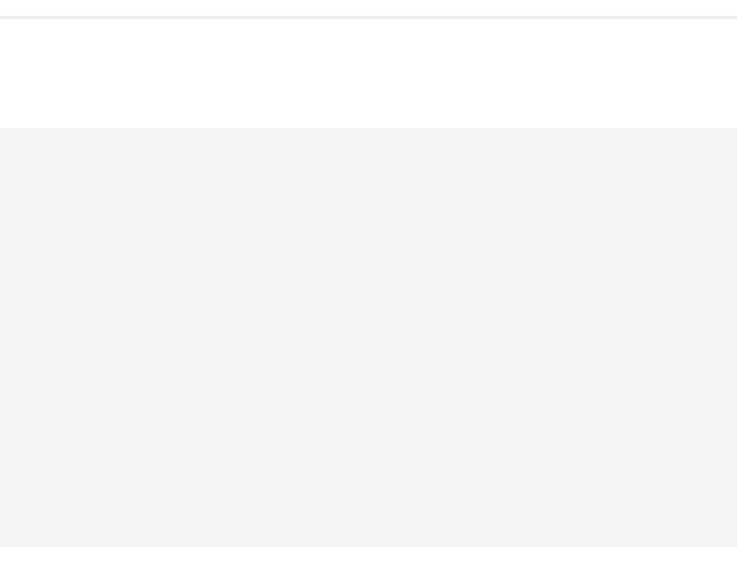
Frick hofft auf Jasharis bleiben – keine Zweifel hat der FCL-Trainer bei Gerüchten um Max Meyer

Daniel Wyrsch · vor 2 Stunden



LZ-Quiz #150: Erkennen Sie diese Zentralschweizer Kantone und Gemeinden anhand der Umrisse?

Silvio Frei · 02.01.2023



Bündner Bergluft beflügelt Martschini und Kovar – EV Zug lässt es nach wettkampffreien Tagen krachen

Philipp Zurfuh, Pruntrut · 02.01.2023